

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Maria Scharfenberg

Abg. Martin Neumeyer

Abg. Isabell Zacharias

Abg. Klaus Steiner

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Brigitte Meyer

Abg. Christine Kamm

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eines Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Bayern, eines Gesetzes über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge sowie deren Versorgung mit Wohnraum und zur Änderung weiterer Gesetze

(Drs. 16/13695)

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierfür eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Scharfenberg von den GRÜNEN. Ich bitte zur Begründung.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bayern ist ein integrationspolitisches Entwicklungsland. Wir müssen uns immer klarmachen, dass es deshalb ein integrationspolitisches Entwicklungsland ist, weil die CSU jahrzehntelang ignoriert und abgestritten hat, dass dauerhafte Zuwanderung nach Bayern stattfindet. Die CSU hat nicht wahrhaben wollen, dass die Menschen, die kamen und die noch kommen, Teil unserer Gesellschaft sind. Da hätte man schon viel früher anfangen können, meine Damen und Herren von der CSU, aber das haben Sie nicht gesehen.

Wir GRÜNEN nehmen Integration sehr ernst und begnügen uns nicht damit, festzustellen, dass Integration ein "Megathema" ist, wie das beispielsweise Herr Kollege Seidenath kürzlich bei der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs gesagt hat. Wer uns GRÜNE kritisiert, wie Herr Seidenath in seiner Rede, der verkennet, dass wir GRÜNE Strukturen aufbauen wollen, um Integration vor Ort zu organisieren, weil solche Strukturen notwendig sind. Deshalb haben wir diesen Gesetzentwurf gemacht, denn wir wissen: Strukturen sind notwendig, und sie müssen im Gesetz festgeschrieben sein. Es stimmt auch nicht, was Herr Seidenath damals sagte, dass nämlich der gesamtge-

sellschaftliche Dialog wichtiger wäre als Institutionen wie ein Landesbeirat oder Integrationsbeiräte. Beide sind notwendig. Wir haben diesen Gesetzentwurf formuliert; denn wir brauchen Handlungsstrukturen für Flüchtlinge.

Das fängt schon im Kindergarten und in der Schule an. Wenn die Zahlen des Sozialberichts von Frau Ministerin Haderthauer richtig sind, dass zwei Drittel der Kinder mit Migrationshintergrund die Mittelschule besuchen und nur ein Drittel eine andere weiterführende Schule besucht, dann kann man doch nicht behaupten, dass schon alles passt. Das hängt schließlich nicht damit zusammen, dass diese Kinder weniger leisten könnten, sondern damit, dass sie weniger oder nicht richtig gefördert werden. Wenn es richtig ist, dass die Zahl der Schulabbrecher hier deutlich höher ist als im Durchschnitt, dann läuft etwas falsch. Da hilft uns dann der gesamtgesellschaftliche Dialog allein nicht weiter. Da muss "Butter bei die Fische", wie man so schön sagt. Wir brauchen mehr Kompetenzen für den Integrationsbeauftragten. Wir brauchen einen Integrationsbeauftragten, der ein eigenes Budget hat. Das hat er jetzt nicht. Und er soll auch nicht beim Sozialministerium angesiedelt sein so wie jetzt. Wenn die CSU schon zu der Erkenntnis gekommen ist, dass Integration ein Megathema ist, ein Querschnittsthema, dann muss man diese Erkenntnis auch in der Organisation umsetzen. Wir brauchen einen richtigen Integrationsbeirat, meine Damen und Herren, der dem Integrationsbeauftragten zur Seite gestellt wird, da es sich um eine Aufgabe handelt, die quer durch alle Ministerien bearbeitet werden muss und nicht nur in einem einzigen Ministerium.

Ganz besonders wichtig sind in unserem Gesetzentwurf die kommunalen Integrationszentren, die in der Fläche angesiedelt werden müssen. Hier müssen wir die Kommunen unterstützen, indem Integrationspläne aufgestellt und solche Zentren eingerichtet werden. Damit die Schulen vor Ort beraten werden können, brauchen wir diese Integrationspläne. Damit der Übergang von der Schule in den Beruf besser gelingen kann, brauchen wir diese Integrationspläne. Damit Ämter, die mit Integration befasst sind, fachkundig beraten werden, brauchen wir sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Integration muss überall ankommen, meine Damen und Herren. Wir brauchen eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung, um zu gewährleisten, dass Migrantinnen und Migranten ihre Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen können. Diese Menschen haben oft viel mehr zu bieten, als so mancher CSU-Abgeordneter oder auch so mancher FDP-Abgeordneter glauben mag. Auch unter den Flüchtlingen, die Sie nicht integrieren wollen, sind nicht wenige, die zwar schon seit Jahrzehnten unter uns leben, aber noch immer nicht dazugehören, weil ihnen die Integration verwehrt wird. Wir GRÜNE wollen, dass Flüchtlinge nicht länger als zwölf Monate in Gemeinschaftsunterkünften leben sollen. Dem wird bis heute nicht entsprochen. Das wollen wir ändern, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER))

Wir wollen ihnen auch nicht mit Essenspakten vorschreiben, wie sie sich zu ernähren haben. Nebenbei bemerkt, das wäre auch kostengünstiger als das System, das die CSU noch immer für unabdingbar hält. Das ist in Leverkusen und anderen Städten längst bewiesen worden. Wir haben uns das vor Ort angesehen. Dort finden wir das schön und richtig, selber machen wir es aber nicht.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Zwei Millionen Euro billiger!)

Dabei müssen wir doch sehen, welche Ressourcen die Menschen haben, die zu uns kommen, und wie sie unsere Gesellschaft damit auch bereichern können. Wenn Kinder gut ausgebildet werden, können sie später Berufe ergreifen, die beispielsweise den sich abzeichnenden Facharbeitermangel abmildern können. Wenn wir bei der Handelskammer sind oder bei der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, dann weist man uns immer wieder darauf hin, beispielsweise an den parlamentarischen Abenden, dass diese Menschen gebraucht werden. Ein Schritt dazu wäre, dass die Politik etwas dazu tut. Ein Schritt dazu wäre, dass Sie unserem Gesetzentwurf zustimmen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen diese Menschen, wir können sie nicht verloren gehen lassen. Sie dürfen nicht länger durchs Raster fallen. Wir dürfen nicht erwarten, dass es Integration zum Nulltarif gibt. Hier ist das Geld aber gut angelegt. Wenn wir Integration auch monetär absichern, dann ist das Geld gut investiert. Mangelhafte Integration kostet nämlich noch mehr Geld.

Meine Damen und Herren auf der rechten Seite dieses Hauses, Sie wissen, dass die Kommunen in den Haushaltssitzungen darüber jammern, dass die Kosten der Jugendhilfe in den letzten Jahren immens gestiegen sind. Wir müssen dafür sorgen, dass das so nicht weitergeht. Integration hilft von Anfang an. Wir müssen diese Kinder von Anfang an auffangen, damit sie die gleichen Chancen haben wie unsere Kinder aus Deutschland, aus Bayern. Dafür müssen wir sorgen, das ist dann gelebte Integration, und das hilft dann auch, dass die Jugendhilfekosten in den Kommunen nicht mehr steigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen nicht zum Reparaturbetrieb werden. Das ist im Grunde falsch. Sie könnten jetzt einen ersten Schritt dazu tun und unserem Gesetzentwurf zustimmen. Insofern bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nächster Redner für die CSU-Fraktion ist Herr Kollege Martin Neumeyer. Bitte schön.

Martin Neumeyer (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Integration läuft mit und ohne Gesetz in Bayern ganz gut ab. Integration hängt von jedem Einzelnen ab: Will ich oder will ich nicht in diese Gesellschaft gehören? Will ich dabei sein, bei diesem Leben in Bayern? – Da ist jeder für sich selbst verantwortlich.

Bayern ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht schlecht aufgestellt. Bayern hat eine starke Wirtschaft, die es erlaubt, vielen Menschen Arbeit zu geben und

insbesondere den jungen Menschen eine Ausbildung zukommen zu lassen. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Aspekt der Integration. Wenn Sie die Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung lesen, die uns vor wenigen Tagen zum einjährigen Jubiläum des Integrationsgesetzes in Nordrhein-Westfalen zugegangen ist, dann können Sie sehen, dass die Integration in der Gesellschaft nach wie vor kontrovers diskutiert wird. Das zeigt, dass es mit einem Integrationsgesetz nicht ganz so einfach ist. Es gibt auch einen Kommentar in einer NRW-Zeitung zum Integrationsgesetz, der beschreibt, dass Integration keine Wundertüte ist. Ich darf zitieren:

Die Frage muss erlaubt sein, ob es nicht schon genügend Integrationsbeauftragte, Integrationsreferate, -büros, -räte oder -netzwerke gibt, die die künftigen KIZ-Aufgaben -

gemeint sind die kommunalen Integrationszentren -

bereits jetzt leisten. Ist eine neue Struktur zur Koordination, Vernetzung und Steuerung kommunaler Integrationsförderung wirklich notwendig? Oder wird hier letztlich in noch mehr Häuptlinge investiert statt in die Indianer, die die praktische Arbeit leisten?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Gesetz ist kein Allheilmittel und ersetzt definitiv nicht das Bemühen von beiden Seiten in der Integration. Integration - und das muss man ganz deutlich sagen - ist kein permanentes Straßenfest. Die Integration erfordert den Konsens aller politischen Gruppen, die unser Land mitgestalten. Wir müssen um diesen Konsens streiten, mit Argumenten und nicht mit Ideologie. Ein Gesetz als Symbol ist zu wenig. Mit einem Gesetz ist es nicht getan. Vielleicht erinnern Sie sich daran, dass wir vor einigen Jahren in diesem Landtag einen Entwurf, einen Antrag der SPD diskutiert haben, und zwar das Integrationsgesetz aus Berlin. Ich möchte Ihnen nicht vortragen, was Heinz Buschkowsky, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, dazu gesagt hat. Ich kann Ihnen aber dazu sagen, dass die GRÜNEN im Berliner Abgeordnetenhaus diesen Gesetzentwurf abgelehnt haben. Zu diesem Zeit-

punkt fand nämlich der Wahlkampf zwischen Frau Künast und Herrn Wowereit statt. Heute führen wir wieder Wahlkampf. Deshalb bitte ich, bei diesem Thema vernünftig zu sein.

Der Gesetzentwurf, den Sie heute vorlegen, gleicht dem NRW-Gesetzentwurf fast bis aufs Jota. Dies ist der erste Entwurf eines Integrationsgesetzes für ein Flächenbundesland. Ich möchte ganz ehrlich meine Meinung hierzu sagen: Ja, wir brauchen ein Integrationsgesetz in der nächsten Legislaturperiode. Wir brauchen ganz eindeutig ein Integrationsgesetz für Bayern, aus Bayern, mit den Bayern und für die Bayern. Wir brauchen kein NRW-Gesetz. NRW, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht Bayern. Bad Tölz ist nicht Bottrop, Haßfurt ist nicht Hagen. In NRW-Städten gibt es ganze Stadtteile, die Synonyme für gescheiterte Integration sind. In Meiderich, in Dortmund-Nord erleben wir die real existierende Parallelgesellschaft. Da befindet sich Bayern mit der Situation in seinen Städten fast auf einer Insel der Glückseligkeit.

In Bayern leben anteilmäßig mehr Menschen mit Migrationshintergrund als in den norddeutschen Bundesländern. Das ist auch ein ganz wichtiger Aspekt. Neun von zehn Städten mit dem höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund leben am Main oder südlich des Mains. Wenn Sie die Menschen auf der Straße fragen, wo die meisten Menschen mit Migrationshintergrund leben, dann wird die Antwort lauten: Hamburg, Bremen, Berlin und Köln. Nein! Sie leben in den Städten südlich des Mains.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Bayern findet Integration statt. Die Richtung muss stimmen. Das heißt aber nicht, dass wir kein Integrationsgesetz brauchen, aber wir brauchen ein Integrationsgesetz, das durchdacht ist, das nah an den Menschen ist, und nicht einen erhobenen Zeigefinger. Die Bürger wollen keinen erhobenen Zeigefinger. Die Bürger wollen mitmachen und keine Verordnungen haben. Die Chance, die wir vielleicht in der nächsten Legislaturperiode haben, mit der Bevölkerung über Integration zu diskutieren, ist mir persönlich ganz wichtig.

Ein Fehler dieses Entwurfs besteht darin, dass die Mehrheitsgesellschaft, die Deutschen, darin fast nicht vorkommt. Die Mehrheitsgesellschaft ist doch wichtig in diesem Prozess, sie ist doch keine Größe, die vernachlässigt werden darf. Integration vollzieht sich in einem beidseitigen Prozess. Integration ist möglich, man muss hierfür die Rahmenbedingungen schaffen und die Menschen überzeugen.

Viele Menschen in Bayern nutzen die vorhandenen Strukturen, und diese Strukturen sind gut. Andere nutzen sie nicht; vielleicht haben wir einen Nachholbedarf hinsichtlich der Information. Wir werden sicher mit unserem Angebot nicht alle erreichen; denn manche werden ewig in der Opferrolle bleiben. Wir wollen in dieser Hinsicht auf jeden Fall aktiv werden.

Wir brauchen die Menschen und ihre Teilhabe, und die Teilhabe ist in Bayern möglich. In diesem Entwurf sieht Teilhabe aus wie Teilnahme an Räten, an Gremien. Darin besteht nicht der richtige Weg. Hier wird Integration mit Projekten, Maßnahmen und Räten verwechselt. Bayern braucht ein Gesetz; denn es geht um die Menschen. Wir brauchen keine neuen Gremien, in denen nur Vertreter von Verbänden sitzen, sondern wir brauchen den ganz gewöhnlichen Otto Normalmigranten.

Vorhin haben Sie einen Länderbeirat genannt. Wir haben einen Bayerischen Integrationsrat. In diesem aktiven Bayerischen Integrationsrat sind alle gesellschaftlichen Verbände vertreten, alle Parteien, alle Ministerien, jede Kirche und jede Glaubensgemeinschaft. Frau Scharfenberg, der Vorteil beim Bayerischen Integrationsrat besteht darin, dass Menschen ohne Zugehörigkeit zu einem Verband darin auch vertreten sind. 25 % der Mitglieder sind junge Menschen, die keinen anderen vertreten, die sich vertreten und die die Lebenswirklichkeit in Bayern darstellen. Mir ist sehr wichtig, dass wir dieses Know-how, dieses Wissen und dieses am eigenen Leib erlebte Leben in unsere Diskussion einbringen.

Wir wissen ganz genau, dass Migranten im Schnitt jünger sind als unsere einheimische Bevölkerung. Ich nenne nur eine Zahl: 35 % der Vorschulkinder weisen einen Mi-

grationshintergrund auf. Das muss uns zu denken geben und uns veranlassen, noch aktiver zu werden. Ich möchte Ihnen ganz ehrlich sagen: Der Bayerische Integrationsrat ist kein Theoretikerrat, er ist kein Theoretikerclub, sondern bei ihm handelt es sich um eine Zusammenkunft, die pragmatische Handlungsempfehlungen erteilt und die Ministerien und die betroffenen Verbände mobilisiert, in diesem Bereich tätig zu sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Entwurf widerspricht den gewachsenen Strukturen, die es in Bayern bereits gibt. Er hat etwas Technokratisches, etwas Soziologisches, etwas den 70er-Jahren-Verhaftetes an sich. Wir brauchen nicht die Forderung, eine Einwohnerversammlung zu installieren anstelle der Bürgerversammlung. Nicht alles muss gleich gemacht werden. Wir brauchen Diversität, nicht die integrierte Integration; denn Integration heißt auch Vielfalt und Vernetzung. Die Vernetzung bzw. die Integration findet vor Ort in den Kommunen statt.

Bayern lebt von bürgerschaftlichem Engagement sehr gut. Darin sind die Bayern wirklich stark. Dieses bürgerschaftliche Engagement müssen wir nützen. Wir müssen es nützen, dass es wunderbare, starke Vereine gibt und dass Bayern eine gewachsene Struktur aufweist. In Bayern lernen die Kinder besser. Trotzdem können wir alles immer wieder verbessern; damit befassen wir uns doch. Bayern weist in geringerem Maße eine Parallelstruktur auf, hier gibt es weniger Fundamentalismus und weniger Kriminalität. Das bedeutet doch einen Vorteil.

Übrigens ist Bayern ein Magnet für Zuwanderer aus aller Welt. Nach Bayern kommen auch sehr viele Menschen aus Nordrhein-Westfalen. Für viele Menschen ist Bayern Heimat. Für die anderen ist es eine neue Heimat, und für Siddharth Mudgal aus Indien ist Bayern die gewünschte Heimat. Diesen sehr wichtigen Aspekt müssen wir beachten.

Die bayerische Gesellschaft ist zum ganz großen Teil weder intolerant noch xenophob noch verbohrt. Rassismus – hier bei uns sind wir sicher alle auf einer Seite – muss

überall, wo es ihn gibt, von allen Seiten bekämpft werden. Dazu stehe ich. Deswegen fungiere ich öfter als Schirmherr für "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage".

Wir brauchen in der nächsten Legislaturperiode ein Integrationsgesetz. Ich biete Ihnen den Bayerischen Integrationsrat als Ideengeber und Vorbereiter für die nächste Legislaturperiode an. In Bayern sagen bereits viele Migranten, weil sie sich in Bayern wohlfühlen: Do bin i dahoam.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. Ich habe zwei Nachrichten für Sie, bevor wir die Debatte fortsetzen. Zum Ersten: Die CSU-Fraktion hat zu diesem Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung beantragt. Zum Zweiten darf ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktionen vereinbart haben, auf eine Aussprache zum Tagesordnungspunkt 14 zu verzichten.

Jetzt fahren wir in der Debatte mit Frau Kollegin Isabell Zacharias für die SPD-Fraktion fort. Bitte schön.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Kollege Martin Neumeyer! Ich weiß gerade gar nicht: Seid ihr für ein Gesetz, oder seid ihr nicht für ein Gesetz? Ich habe dauernd die Widerrede gehört: Nein, wir brauchen kein Integrationsgesetz. Im gleichen Satz sagt ihr: Doch, wir brauchen ein Integrationsgesetz, aber nicht in dieser Legislaturperiode, sondern in der nächsten. Das soll einer verstehen. Ich verstehe diese Argumentation nicht. Trotzdem steige ich gerne inhaltlich ein.

Renate Ackermann hat im Herbst letzten Jahres bei der Ersten Lesung zu diesem Integrationsgesetz gesagt, jenes Gesetz solle helfen, eine verlässliche und stabil finanzierte integrative Infrastruktur zu schaffen, die dem hohen gesellschaftspolitischen Stellenwert der Integration gerecht werde. – Genau so ist es. Deswegen bin ich froh darüber, dass die GRÜNEN einen Integrationsgesetzentwurf eingebracht haben, und

die SPD-Landtagsfraktion hat das ein Jahr zuvor getan. Wir haben also als Opposition gezeigt, dass wir die Frage, ob wir ein Integrationsgesetz brauchen, ernst nehmen. Martin Neumeyer hat als Integrationsbeauftragter in seinen Jahresberichten immer wieder unterstrichen: Ja, wir brauchen ein Integrationsgesetz. Warum dann nicht in dieser Legislaturperiode? Und wenn es erst in der nächsten Legislaturperiode kommen soll, warum gibt es dann in der laufenden Legislaturperiode nicht wenigstens Änderungsanträge? Zwei große Gesetzentwürfe lagen vor und nicht ein einziger Änderungsantrag von CSU und FDP. Dazu würde ich sagen: Es wurde nicht verstanden, wie Parlamentarismus geht.

Wir unterstützen auf jeden Fall die Forderung, die in diesem Gesetz ganz klar auf den Punkt gebracht wird: Die systematische Aufwertung von Integration, die institutionelle Stärkung des Landesbeauftragten für Integrationsfragen, die Einrichtung eines Landesbeirats für Integrationsfragen sind uns genauso wichtig. Wir wollen dazu beitragen, dass der Aufbau und die Koordinierung - -

(Unruhe)

Ich glaube, ich könnte auch "bla, bla" sagen, vielleicht sollte ich es.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich bin sicher, die Kollegen hören Ihnen aufmerksam zu.

Isabell Zacharias (SPD): Genau. - Auch wir unterstützen die Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit, weil Integration vor Ort in der Kommune und nicht irgendwo im luftleeren Raum stattfindet und hier im Plenum sicherlich überhaupt nicht. Wir unterstützen mit Nachdruck die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. In diesem Zusammenhang darf man die Landeshauptstadt München erwähnen, die für ihre außerordentlich gute interkulturelle Öffnung der Verwaltung just einen bundesweit ausgeschriebenen Preis bekommen hat.

Ein Aspekt ist mir persönlich sehr wichtig. Der Gesetzentwurf der GRÜNEN enthält auch einen Teil zur Asyl- und Flüchtlingspolitik. Das ist richtig, weil in diesem Bereich, wie wir tagtäglich hören, immer noch zu wenig geschieht. Immer noch gilt das Sachleistungsprinzip, immer noch gibt es zu viele Gemeinschaftsunterkünfte, immer noch leben zu viele Familien, Frauen und Kinder viel zu lange in Gemeinschaftsunterkünften.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Integrationspolitik ist und bleibt für die Bayerische Staatsregierung einfach und doch nur – dies bleibt für mich heute festzustellen – Symbolpolitik, Symbolpolitik in dem Sinne, dass Martin Neumeyer sagt, dass es einen Integrationsrat gibt und dass dieser ein Think Tank sein könnte. Dann macht doch den Thinktank zu einer großen Aufgabe und redet nicht nur darum herum!

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Steiner?

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Am Ende gerne, sonst komme ich aus der Fahrt. Anschließend aber gerne, Herr Kollege.

Ein großes Anliegen ist uns, dass der ehrenamtlich tätige Integrationsbeauftragte Martin Neumeyer endlich ernst genommen wird, und zwar auch von seiner eigenen Fraktion. Eines ist uns nämlich allen klar, gerade uns auf der linken Seite des Plenums: Martin Neumeyer hat die Themen erkannt. Wenn er aber wirklich einmal zu etwas Großem Stellung nehmen könnte, darf er es nicht. Deswegen haben wir auch kein Integrationsgesetz – die Mehrheit in der CSU will es schlicht und einfach nicht. Das ist die Wahrheit.

Es besteht ein großer Handlungsbedarf. Seit ungefähr einem Jahr gibt es auf Bundesebene das Bundesgesetz zur Anerkennung der im Ausland erworbenen Ausbildungs-

und Qualifikationsabschlüsse. Ein Jahr lang – übrigens erst auf Hinweis der Opposition – hat diese Staatsregierung gebraucht, um ein eigenes Landesgesetz auf den Weg zu bringen. Ein eigenes Landesgesetz war sehr wichtig, da viele auf Landesebene geregelte Berufe wie Lehrerinnen und Lehrer, Pflegerinnen und Pfleger im Bundesgesetz überhaupt nicht behandelt wurden. In dem uns jetzt vorliegenden Landesgesetz hat man die sozialen Berufe genannt, nicht aber zum Beispiel die Lehrerinnen und Lehrer, und, was ich für noch viel dramatischer halte, keine Regelungen für Ingenieure und Ingenieurinnen getroffen. Wir haben doch einen partiellen Fachkräftemangel. Wollen wir diesen nicht auch bei den Ingenieursberufen heilen?

In diesem Landesgesetz ist auch die Teilanerkennung bzw. die Nachqualifizierung nicht geregelt. Es ist kein flächendeckendes Angebot passgenauer Weiterbildungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen angedacht. Es ist auch nicht geregelt: Wer soll es denn bezahlen? Es ist also ein kleines, luftiges Gesetz, welches nur Regelungen zu den sozialen Berufen enthält. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Werden Sie endlich tätig!

Lediglich Integrationspreise zu verteilen, ist mir deutlich zu wenig. Wir brauchen eine klare Regelung. Wir brauchen ein Gesetz; denn Bayern ist bunt, und Bayern ist vielfältig; Bayern ist interkulturell. Uns wird ein großartiges Geschenk gemacht. Wir sollten das als Chance für uns alle verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Bitte bleiben Sie noch kurz; wir haben noch die Zwischenbemerkung des Kollegen Klaus Steiner, zu der ich ihm jetzt das Wort erteile.

Klaus Steiner (CSU): Frau Kollegin, ich habe eine ganz einfache Frage. Wenn Sie so tolle Rezepte für die Integration haben, warum funktionieren diese dann nicht in den Bundesländern, in denen Sie zum Teil seit Jahrzehnten an der Regierung sind? In Berlin werden Tausende von muslimischen Frauen und Mädchen durch Ihre Integrati-

onspolitik diskriminiert und ausgegrenzt. Lesen Sie einmal das Buch Ihres Parteifreundes Buschkowsky. Kollege Neumeyer hat dies schon angesprochen. Sie verhindern das nicht – im Gegenteil: Mit Ihrer Politik verhindern Sie, dass muslimische Frauen und Mädchen ein menschenwürdiges Dasein führen können. Dies gilt für viele, viele Bereiche, zum Beispiel Beschneidungen, Zwangsehen usw. Von den von Ihnen regierten Bundesländern und Kommunen spreche ich gar nicht. Erklären Sie mir einmal, warum Sie das mit Ihrem Instrumentarium nicht verhindern können.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Zacharias, zur Erwiderung, bitte.

Isabell Zacharias (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herzlichen Dank, Herr Präsident. Herr Kollege, was für eine bemerkenswerte Frage. Bleiben wir doch einmal in Bayern. Sehen Sie sich die sozialdemokratisch geführten Kommunen München, Nürnberg und Würzburg an. Sehen Sie sich die exzellent gelungene Integrationsarbeit an, die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hinlegen. Wenn Sie das für die von Ihnen geführten Kommunen in ähnlicher Weise belegen können, haben wir alles richtig gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nächster Redner in der Debatte ist Herr Kollege Hans Jürgen Fahn für die FREIEN WÄHLER.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sprechen heute eigentlich über zwei Gesetze, über zwei eigenständige Bereiche, nämlich zum Ersten über die gesellschaftliche Teilhabe und Integration und zum Zweiten über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge. Sie haben alles zusammengepackt. Für uns ist dies auch oft das Problem gewesen, weil wir meinen, dass beide Sachen sehr wichtig und auch notwendig sind. Wenn wir beides zusammennehmen, bekommen wir Probleme, weil wir mit dem einen oder anderen nicht einverstanden sind.

Um es zunächst klar zu sagen: Die Punkte im Entwurf eines Gesetzes über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge teilen wir weitgehend. Wir haben darüber schon sehr oft im Plenum und in den Ausschüssen gesprochen. Sie entsprechen den Positionen der FREIEN WÄHLER. Auch die grundsätzlichen Passagen und Aussagen zur Förderung der Integration sind wichtig und richtig. Es wurde schon mehrmals gesagt, dass sich die GRÜNEN an einem Gesetz der Landesregierung Nordrhein-Westfalens orientieren.

Ziel eines gelungenen gesellschaftlichen Integrationsprozesses ist es, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit herzustellen, und zwar für Zuwanderer, aber auch für die aufnehmende Gesellschaft. Das Thema Integration ist so wichtig, dass es eigentlich eines Gesetzes bedarf, das von allen Fraktionen gemeinsam erarbeitet und verabschiedet wird, so wie wir es bei der Inklusion gemacht haben. Ich bedauere ein wenig, dass dies bisher nicht zustande gekommen ist. Vielleicht gelingt es. Herr Neumeyer, Sie sagen, in der nächsten Legislaturperiode werden wir darüber sprechen. Ich hoffe, dass es dann auch kommt und dass es vielleicht möglich ist, ein gemeinsames Gesetz zu verabschieden, das von allen Fraktionen getragen wird. Das Thema Integration ist insgesamt sehr wichtig. Deswegen bräuchten wir auch eine gemeinsame Arbeitsgruppe. 25 % der bayerischen Bürger haben einen Migrationshintergrund. Deswegen ist es wichtig, das Thema ganz gezielt zu bearbeiten.

Kommen wir zurück zum Gesetzentwurf der GRÜNEN, um den es heute geht. Positiv ist im Gesetzentwurf, dass die Kommunen bei der Erfüllung der Leistungen im Rahmen der Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen unterstützt werden.

Für uns FREIE WÄHLER fehlt bei den Zielen die wichtige Ergänzung, dass die Kommunen bei der Integration bzw. bei der Umsetzung des nationalen Aktionsplanes auch zu unterstützen sind. Hier geht es eben nicht nur um Flüchtlinge, sondern auch um alle Personen mit Migrationshintergrund. Dass Kommunen bei der Integration eine zentrale Rolle spielen, haben vor Kurzem auch die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände ganz klar betont. Der Integrationsprozess gelingt oder misslingt an der

Basis, meine Damen und Herren, also in den Gemeinden, in den Städten und in den Landkreisen. Deswegen haben die Kommunen eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der Integration. Nicht zuletzt auch unter dem Eindruck des demografischen Wandels und wegen des Fachkräftemangels wandelt sich der Prozess der Integration Zuwanderter von einer kommunalen Nischenrolle zu einer zentralen Zukunftsaufgabe.

Das Ziel im Gesetzentwurf, dass der Staat Menschen mit Migrationshintergrund unterstützt, auch wenn diese keine unbefristete Arbeitserlaubnis haben, bedeutet ein Umdenken in der bisherigen Politik. Im Gesetzentwurf steht ein richtiger Ansatz.

In Artikel 5 steht, dass ein Landesbeauftragter benannt wird, der auf Vorschlag der Landesregierung gewählt wird. Das würde ihm möglicherweise eine größere Unabhängigkeit sicherstellen, und er könnte auch einen eigenen Etat haben usw. Mit Martin Neumeyer haben wir einen Integrationsbeauftragten, der von allen Fraktionen – das hören wir immer wieder – gelobt wird.

(Harald Güller (SPD): Nur nicht von der Sozialministerin!)

Er hat heute auch gesprochen. Er wurde von der Staatsregierung benannt. Wenn er vom Landtag gewählt würde, wäre das in der jetzigen Situation eigentlich kein Mehrwert, weil im jeweiligen Landtag immer die Regierungskoalition die Mehrheit hat und ihrem Vorschlag zur Mehrheit verhilft. Wir haben festgestellt: Alle in diesem Haus schätzen die Arbeit von Martin Neumeyer, und deswegen sollten wir das im Prinzip auch nicht kritisieren. Wenn wir das aber machen – das können wir in der nächsten Legislaturperiode angehen –, dann müssen wir sagen: Wenn schon, dann müsste jeder Landesbeauftragte vom Landtag gewählt werden, nicht eben nur dieser eine.

Die GRÜNEN schreiben weiter: Wir wollen, dass in jeder Stadt, in jedem Landkreis ein Integrationsplan aufgestellt wird. Man könnte auch sagen: Jede Stadt, jeder Landkreis muss ein integrationspolitisches Gesamtkonzept aufstellen. Über die Umsetzung finden wir nichts. Wir unterstützen diese Idee grundsätzlich. Wir haben das nämlich schon beim seniorenpolitischen Gesamtkonzept gesehen; es wurde vom Sozialminis-

terium an alle Landkreise weitergegeben, und es war eigentlich eine gute Sache; denn im Rahmen des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes haben sich im jeweiligen Landkreis alle Akteure getroffen und ein Konzept für den Landkreis erarbeitet, ein Konzept von unten nach oben, das für uns sehr wichtig ist. So könnte es auch bei der Integration laufen. Wir FREIEN WÄHLER wären da sofort dabei. Ein integrationspolitisches Gesamtkonzept hätte dann die Einzelpunkte: Bestandsaufnahme, Ziele, Maßnahmen, Umsetzung, Zeitrahmen. So müssten wir das bei der Integration machen. Wir sollten in der nächsten Legislaturperiode daran arbeiten.

Wir von den FREIEN WÄHLERN haben ein kleines Problem damit, dass im Entwurf steht: Wir wollen, dass jede kreisfreie Stadt, jeder Landkreis ein Integrationszentrum errichtet; zusätzlich soll es eine landesweite Anlaufstelle geben. Hier beginnen unsere Fragen und unsere Kritik. Man muss zunächst einmal schauen: Was gibt es konkret vor Ort schon? Wir wollen keine Doppelstrukturen schaffen, sondern müssen vorhandene Strukturen nutzen. Deswegen sagen wir: In den vorhandenen Strukturen müssen Synergieeffekte genutzt werden. So kommen wir in der Sache insgesamt weiter. Wir wollen nicht, dass es zu zusätzlicher Bürokratie führt. Wir sind der Auffassung, dass es Kommunen gibt, die dies schon hervorragend machen. Es gibt Anlaufstellen, die es sehr gut machen. Warum sollte man die nicht mit einbeziehen?

Beim seniorenpolitischen Gesamtkonzept wurde ein großer Aufgabenkatalog zusammengestellt. Er wurde entsprechenden Institutionen zugeleitet. Warum sollte man das nicht auch bei der Integration so halten?

In § 2 geht es um die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge. Die hierzu gemachten Vorschläge im Gesetzentwurf der GRÜNEN stimmen im Wesentlichen mit den Vorstellungen der FREIEN WÄHLER überein.

Wir haben bereits im Juli 2009 einen Gesetzentwurf eingereicht. Auch wir sagen: Es muss genügen, dass Asylbewerber ein Jahr lang in Gemeinschaftsunterkünften leben und dann dezentral untergebracht werden müssen. Auch uns reicht es nicht, dass nur

Familien mit Kindern ausziehen dürfen. Es gibt auch andere Personen, die besondere Bedürfnisse haben. Ich denke an unbegleitete Minderjährige, Schwerbehinderte, alte Menschen usw. Die Anforderungen an die Unterkunft könnten insgesamt noch gesteigert werden; so ist jedenfalls unsere Meinung.

Gut ist, dass im Bayerischen Landtag am 23. März ein Antrag der FREIEN WÄHLER angenommen wurde, wonach ein flächendeckendes Angebot an Deutschkursen für alle Flüchtlinge, nicht nur für die anerkannten und geduldeten, vorgehalten wird.

Frau Sozialministerin, ich hoffe, dass Sie heute noch reden. Es ist nämlich wichtig, dass wir bald erfahren, wie der Beschluss des Bayerischen Landtags konkret umgesetzt wird. Wir haben schon verschiedene Gespräche vor Ort geführt. Dabei haben wir erfahren: Keiner weiß, wie der Beschluss umgesetzt wird. Gibt es jetzt Deutschunterricht für circa 11.000 Flüchtlinge in den Gemeinschaftsunterkünften? In den dezentralen Einrichtungen haben wir genügend Lehrer, die solchen Unterricht übernehmen können. Gibt es eine Zusammenarbeit mit Volkshochschulen? Das sind wichtige Fragen. Wir warten auf eine zügige Umsetzung des Beschlusses in den letzten Wochen bis zur Sommerpause.

Die Sprachkurse müssen wir als einen Gewinn ansehen. Wenn die Asylbewerber eines Tages in ihre Heimat zurückkehren, erzählen sie von Deutschland in deutscher Sprache. Das ist positiv für unser Land. Deswegen handelt es sich um einen zukunftsweisenden Beschluss des Bayerischen Landtags, Deutschkurse für alle Asylbewerber zu ermöglichen.

Wie Sie sehen, bewegt sich in Bayern etwas. Letzte Woche war ich zusammen mit meinem Kollegen Florian Streibl auf einer Tagung des Landeskomitees der Katholiken in Würzburg. Ich war vorher noch nie beim Landeskomitee der bayerischen Katholiken. Es gab dort eine sehr offene, gute Diskussion. Einstimmig wurde ein Forderungskatalog zur Integrations- und Flüchtlingspolitik verabschiedet. Er reicht zum Teil weiter als die bisherigen Positionen, die der Bayerische Landtag beschlossen hat.

Die bayerischen Katholiken haben letzten Samstag in Würzburg beschlossen – ich nenne nur einige Beispiele -: Erstens. Die Unterbringung in Sammelunterkünften sollte spätestens nach einem Jahr beendet werden. Zweitens. Lebensmittelpakete soll es nicht mehr geben. Drittens. Die Verhängung der Abschiebehaft und deren Vollzug kriminalisieren die Asylbewerber in unangemessener Weise. Viertens. Es bedarf der Aufklärung über Geschichte und Lebenssituation der Sinti und Roma. Fünftens. Das aktive und passive kommunale Wahlrecht für hier residierende Ausländer ist anzustreben, weil es ihre Teilhabe stärkt.

Das sind zukunftsweisende Beschlüsse und auch deshalb erwähnenswert, weil drei Landtagsabgeordnete der CSU dabei waren, die mitgestimmt, und zwar dafür gestimmt haben, die also für die Positionen des Landeskomitees sind; es macht ja auch keinen Sinn, in Würzburg anders zu stimmen,

(Harald Güller (SPD): Das machen die immer so!)

obwohl solches ab und zu vorkommen kann.

Der Grundansatz des Gesetzentwurfs der GRÜNEN und die gemachten Ausführungen sind richtig und werden von uns unterstützt. Die Umsetzungsvorschläge zur Integration in den kommunalen Zentren erscheinen uns noch zu bürokratisch und stellen sich nicht auf vorhandene Strukturen so ein, wie wir es wollen.

Deswegen werden wir uns bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Letzter Redner in der Debatte ist Kollegin Brigitte Meyer für die FDP-Fraktion.

Brigitte Meyer (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Integration ist in der Tat, um mit dem Kollegen Seidenath zu sprechen, ein Megathema. Es ist wichtig, dass wir uns immer und immer wieder damit aus-

einandersetzen, um festzustellen, wo sich etwas zum Positiven verändert hat oder wo es noch Handlungsbedarf gibt. Ich stelle fest: Wir nehmen es sehr, sehr ernst. Das zeige ich an einigen Beispielen auf.

Manches an Ihrem Gesetzentwurf, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, finden wir durchaus der Unterstützung wert, manches dagegen absolut nicht. Insgesamt überwiegt die Meinung, dass wir diesen Gesetzentwurf, wie er vorliegt, nicht unterstützen können. Lassen Sie mich dazu auf ein paar Punkte besonders eingehen.

Auch wir Liberale sehen die Beherrschung der deutschen Sprache als d e n Schlüssel zu Bildung und Gesellschaft an. Die hohe Bedeutung des Erlernens der deutschen Sprache findet sich in Ihrem Gesetzentwurf wieder. Insoweit sind wir in diesem Punkt einer Meinung.

In Bayern haben wir durchaus bereits ein durchgehendes, hervorragendes Konzept vorzuweisen. Integration von Anfang an, Frau Kollegin Scharfenberg, ist uns ganz wichtig. Bereits in Krippe und Kindergarten werden Kinder mit Migrationshintergrund intensiv bei der Erlernung der deutschen Sprache gefördert. Das Sprachberaterprojekt und der Vorkurs Deutsch sind neben dem Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan bereits heute wesentliche Säulen.

In der Schule geht es mit der intensiven Förderung weiter, sofern bis dahin nicht schon alle Lücken geschlossen sind. Ganztagschulen mit kleineren Klassen, die einen hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund haben, haben wir in der Koalition in dieser Legislaturperiode durchgesetzt. Die Zusatzlehrbefähigung "Deutsch als Fremdsprache" sowie die außerschulische Hausaufgabenbetreuung sind nur ein paar der Bausteine, die im schulischen System die Integration fördern.

Für Erwachsene sind Integrationskurse in ihrer Ausgestaltung zu verbessern - da gebe ich Ihnen recht – und nach Leistungsniveau zu differenzieren, wobei ausdrücklich Rücksicht auf die Bedürfnisse von Frauen und Müttern genommen werden muss. Der Erwerb der deutschen Sprache muss in unseren Bemühungen zur besseren Inte-

gration von Anfang an für Jung und Alt an erster Stelle stehen. Dafür haben wir uns eingesetzt, und wir werden es weiter forcieren. Genau aus diesem Grund hat die Bayerische Staatsregierung jetzt auch Asylbewerbern den Zugang zu Deutschkursen ermöglicht. Darüber freue ich mich wirklich ganz besonders.

In der Zwischenzeit haben wir dieses Anliegen auch finanziell unterfüttert; das muss ich hier deutlich machen. Wir haben nicht nur geredet, sondern in diesem Punkt sehr schnell gehandelt. Wie alles umgesetzt wird, werden Sie in Kürze erfahren. Wir fördern auf diese Weise massiv die Integration, erhalten das Bildungspotenzial und fördern die Aufnahme einer Arbeitstätigkeit. Weil Asylbewerber in ihr Heimatland zurückkehren werden – das habe ich hier immer wieder betont –, haben wir durch die Deutschkurse auch eine wichtige Entwicklungsarbeit geleistet.

Wie Sie sehen, Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, hat sich schon seit der Ersten Lesung Ihres Gesetzentwurfs einiges in Richtung Integration verbessert. Mit der Deutschförderung in allen Altersstufen schafft der Freistaat die notwendige Basis für eine gelingende Integration.

Beim Lesen Ihres Gesetzentwurfs, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, ist mir ein Stichwort immer wieder in den Kopf gekommen, nämlich das Wort "Bürokratie". Sie machen sich unglaublich viele Gedanken darüber, wer wo welche Aufgaben ausführen soll. Aber bei Integration geht es nicht um Beauftragte, Gremien und Pläne, sondern um die Menschen vor Ort. Das wurde von allen Rednern immer wieder eindrucksvoll deutlich gemacht.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kamm?

Brigitte Meyer (FDP): Ich erlaube keine Zwischenfrage. Aber am Ende kann eine Bemerkung gemacht werden.

Wichtiger als Institutionen, Gremien oder fertige Pläne ist doch der gesamtgesellschaftliche Dialog in der einzelnen Kommune.

Herr Kollege Fahn, Sie haben gesagt, wir brauchten ein integrationspolitisches Gesamtkonzept. Lieber Kollege, es ist wichtig, mit den Menschen vor Ort zu reden und sie einzubinden. Mit ihnen reden, nicht über sie reden! Dafür brauchen wir keine starren Strukturen; denn die löschen alle Funken an Kreativität. Irgendwelche einheitlichen Konzepte oder Vorgaben, beispielsweise kommunale Integrationszentren, mit der Gießkanne über Bayern verteilt, halte ich für nicht besonders effektiv. Jede Kommune kennt die Probleme und Chancen vor Ort am besten und kann mit passgenauen und gewachsenen Integrationskonzepten viel mehr erreichen, als wenn irgendetwas von oben übergestülpt oder vorgeschrieben wird.

Zu einigen Ihrer speziellen Forderungen hinsichtlich eines Landesbeauftragten für Integrationsfragen, eines Landesbeirates, der Regelungen hinsichtlich der Teilhabe in Gremien und Verwaltungen oder spezielle Ausgestaltungen einzelner Gesetze festlegen soll, möchte ich anmerken: Ja, wir sind in Bayern schon recht gut aufgestellt. Diese Koalition hat sehr viel vorangebracht. Wir haben bereits einen Integrationsbeauftragten, nämlich Herrn Neumeyer, der auch von Ihnen gelobt wurde, der eine hervorragende Arbeit leistet und für dessen Einsatz wir ihm auch danken möchten.

Allerdings möchte ich an dieser Stelle sagen, dass ich es für ein Manko halte, dass das Thema Asyl explizit nicht zum Aufgabenbereich des Integrationsbeauftragten gehört. Das muss in der nächsten Legislaturperiode sicherlich geändert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben auch einen Integrationsrat, welcher aus Verbänden und - auch das wurde von Herrn Neumeyer nochmals ausdrücklich betont - Einzelpersonen mit Migrationshintergrund aus 17 Nationen besteht, seit 2010 regelmäßig tagt und viel nach vorn gebracht hat.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Man kann darüber diskutieren, wo er angesiedelt werden soll, aber er besteht, und das ist schon ein ganz wichtiges Signal. Ich bin gegen die Festlegung, dass in allen Gremien Menschen mit Migrationshintergrund vertreten sein müssen. Ich bin gegen starre Quoten in der Verwaltung. Ich halte das für den falschen Ansatz. Quotenmigranten sind, glaube ich, nicht der richtige Weg. Wir müssen Vorurteile abbauen. Damit können wir auch mehr Sicherheit gewinnen.

Wir Liberale sprechen uns ganz bewusst und ganz deutlich für ein Bayerisches Integrationsgesetz aus. Das haben wir schon immer getan. Ich freue mich wirklich, dass in der CSU jetzt auch die Signale in Richtung Integrationsgesetz stehen und wir in der nächsten Legislaturperiode gemeinsam – und vielleicht auch Ihrem Wunsch entsprechend, lieber Kollege Fahn, mit allen Fraktionen – ein solches Konzept erarbeiten. Wir wollen gezielte Maßnahmen, echte Verbesserungen und ein Umdenken in der Bevölkerung erreichen und keine speziellen Quoten. Wir brauchen in Bayern eine Willkommenskultur vor Ort, und diese entsteht, wie ich schon gesagt habe, aus den Menschen heraus, die vor Ort aktiv sind.

Sie wollen ein neues Flüchtlingsaufnahmegesetz in Ihrem Integrationsgesetz. Auch in dieser Hinsicht haben wir, denke ich, in der Vergangenheit einiges bewegt. Sie wissen, dass wir vonseiten der FDP gern noch mehr gehabt hätten. Wir werden auch an bestimmten Forderungen dranbleiben. Vieles ist bundespolitisch geregelt. Auch da haben wir unsere Ideen eingebracht. Wir haben hier in Bayern – das hat auch Kollege Fahn festgestellt – sehr viel bewegt. Das finde ich wichtig. Wir werden gemeinsam diesen Weg in Zukunft fortsetzen. Es ist ein guter, es ist ein wichtiger Weg für die Integration der Menschen, die bei uns leben und sich in die Gesellschaft einbringen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Bitte noch einen Moment. Ich erteile der Kollegin Kamm das Wort zu einer Zwischenbemerkung. Aber ich

bitte Sie um Ihre Aufmerksamkeit. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung und eine Antwort, und dann schreiten wir zur Abstimmung. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Kollegin, Sie haben ausgeführt, dass sich viel bewegt habe. Ich sehe aber in den Berufsschulen immer noch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die nach wie vor keinen Deutschkurs bekommen, die nach wie vor kein Angebot zu einem entsprechenden Integrationskurs bekommen und letztlich mit sehr schlechten Chancen in ihr Berufsleben starten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte schön.

Brigitte Meyer (FDP): Liebe Frau Kollegin Kamm, Sie wissen doch ganz genau, dass wir auch in diesem Bereich schon einiges vorangebracht haben, auch im Bereich der Berufsschulen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Nein, die sind immer noch da!)

- Ich habe gesagt, wir sind jetzt dabei, das umzusetzen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

- Erkennen Sie doch einfach auch einmal an, was positiv gemacht wurde. Diese Deutschkurs-Beschlüsse waren wirklich Meilensteine.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Es gibt eine Zwischenbemerkung und eine Antwort. Das haben wir abgearbeitet. Ich bedanke mich bei allen für die Debattenbeiträge. Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 16/13695 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfes. Es wurde beantragt, die Form der namentlichen Abstimmung zu wählen. An den üblichen Stellen finden Sie unsere Boxen und die Mitarbeiter der Landtagsfraktionen.

Ich eröffne die Abstimmung. Wir nehmen uns fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 19.56 bis 20.01 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren! Die fünf Minuten sind vorbei. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis draußen zu ermitteln.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und anderer und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eines Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Bayern, eines Gesetzes über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge sowie deren Versorgung mit Wohnraum und zur Änderung weiterer Gesetze auf der Drucksache 16/13695 bekannt. Mit Ja haben 47 und mit Nein 72 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 13 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.04.2013 zu Tagesordnungspunkt 10: Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; eines Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Bayern, eines Gesetzes über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge sowie deren Versorgung mit Wohnraum und zur Änderung weiterer Gesetze (Drucksache 16/13695)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto			X
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Felbinger Günther			X
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich			
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas			
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid			
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver			
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas			
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			X
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin			
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max			
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias			
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			X
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	47	72	13